



**PIRATENFRAKTION**  
*im Schleswig-Holsteinischen Landtag*

# LOGBUCH

**4 JAHRE PIRATEN IM KIELER LANDTAG**

**UND VOLLE KRAFT VORAUS!**

**#PIRATEN WIRKEN**



**WWW.PIRATENFRAKTION-SH.DE**



# 4 JAHRE EINSATZ FÜR BÜRGERRECHTE, TRANSPARENZ UND MITBESTIMMUNG.

Mein mein und Ahoi  
Liebe Leserin, lieber Leser,



„Ich bin für den Fortschritt – nur Veränderungen mag ich nicht.“ Diese nicht ganz ernst gemeinte Äußerung von Mark Twain dürften 8,2 Prozent der Schleswig-Holsteiner nicht geteilt haben, als sie uns Piraten 2012 in den Landtag wählten. Schließlich wollen wir Piraten die Politik „Klarmachen zum Ändern“ und frischen Wind in die Parlamente bringen.

Unbequem sind wir der hergebrachten Politik allemal, denn uns geht es nicht in erster Linie um den Machtkampf oder ums Regierenwollen: Wir wollen die Spielregeln so ändern, dass die Bürger das Ruder übernehmen können. Und wir schauen den Mächtigen genau auf die Finger.

Unser Veränderungswille ist so groß, dass wir Piraten die meisten parlamentarischen Initiativen pro Abgeordnetem starten. Wir sind die fleißigsten Abgeordneten des Landtags - sozusagen die Schrittmacher des Nordens. Doch was haben die Menschen von unseren Anträgen und Anstößen?

Einige Beispiele erfolgreicher Parlamentsarbeit haben wir in diesem Logbuch für Dich zusammengestellt. Wir Piraten wirken und wir verändern unser Land im Interesse der Menschen. Die vollständige Liste unserer Erfolge gibt es natürlich im Netz unter [piratenfraktion-sh.de/logbuch](http://piratenfraktion-sh.de/logbuch).

Solltest Du beim Lesen Lust bekommen, selbst mitzumischen, dann besuche doch einmal unsere öffentlichen Fraktionssitzungen, höre über den Livestream zu oder gib uns Anregungen über unser Mitmachportal „OpenAntrag“. Denn wir Piraten sind nicht Wutbürger sondern M u t bürger – ganz im Sinne von Mahatma Gandhi: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir für diese Welt wünschst!“

Patrick Breyer

Dr. Patrick Breyer, Fraktionsvorsitzender der PIRATEN

## INHALT

<b>BILDUNG / NETZPOLITIK</b>	
Neuland-Festspiele: Tage des digitalen Lernens	4/5
Digital Natives in analogen Schulen	6/7
Wird auch Zeit: Landesweiter Schulentwicklungsplan	8/9
<b>SOZIALES / GESUNDHEIT</b>	
Leichte Sprache – damit alle verstehen, um was es geht	10/11
Absurde Diskriminierung: Pauschales Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer muß fallen	12/13
<b>EUROPA / TIERSCHUTZ / UMWELTSCHUTZ / FLÜCHTLINGE</b>	
Keine Waffenlieferungen in den Irak	14/15
Kleines Ding mit großer Wirkung: Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein	16/17
Ein spezielles Thema: Katzenkastration	18/19
<b>FINANZEN / HAUSHALT</b>	
Keine Giesskanne für Subventionen	20/21
<b>WIRTSCHAFT / INNEN / RECHT</b>	
Ausverkauf von Schleswig-Holsteins Küsten stoppen	22/23
Direkte Demokratie: Mehr Mitbestimmungsrechte durch Bürger- und Volksentscheide	24/25
Wahlrecht ist demokratisches Grundrecht – für alle!	26/27
<b>DATENSCHUTZ / HOCHSCHULE</b>	
Öffentlich finanziert sollte auch öffentlich zugänglich heißen	28/29
Sicher ist sicher – oder doch nicht?	30/31
Kieler Piraten sind die fleißigsten Abgeordneten – Eine Statistik	32



## NEULAND-FESTSPIELE:

## TAGE DES DIGITALEN LERNENS

„Das Internet ist da und es geht auch nicht mehr weg“ – diese Erkenntnis stand im Zentrum des ersten „Tag des digitalen Lernens“ im Landeshaus. Die Veranstaltung wurde vom Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags in zwei aufeinanderfolgenden Jahren durchgeführt, um interessierte Menschen für die Auswirkungen der digitalen Medien auf die Bildungslandschaft zu sensibilisieren. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses betonte vor den rund 100 Gästen immer wieder, wer die treibende Kraft hinter dieser Initiative gewesen sei: **Die Piratenfraktion.**

Wer etwas Neues in der Bildungswelt vorantreiben will, hat es schwer. Der Volksmund sagt, dass Rasende oft Falltüren einrennen – und genauso mussten die PIRATEN den anderen Fraktionen vorkommen, da sie mit digitalen Medien nicht nur Computerspiele, sondern eine Veränderung der gesamten Gesellschaft und damit auch der Bildungslandschaft aktiv angehen wollten. Aber: Die PIRATEN hatten einfach viel eher als alle anderen erkannt, dass der digitale Wandel der Gesellschaft nicht ohne qualitative Auswirkungen auf Schule und Hochschule bleiben kann. Es wurde jedoch ebenso realisiert, dass zunächst eine Sensibilisierung des Landtags für die Digitalisierung in Bildungseinrichtungen erreicht werden muss – anderenfalls würde jede Initiative aus den Reihen einer kleinen Oppositionsfraktion auch künftig ins Leere laufen.

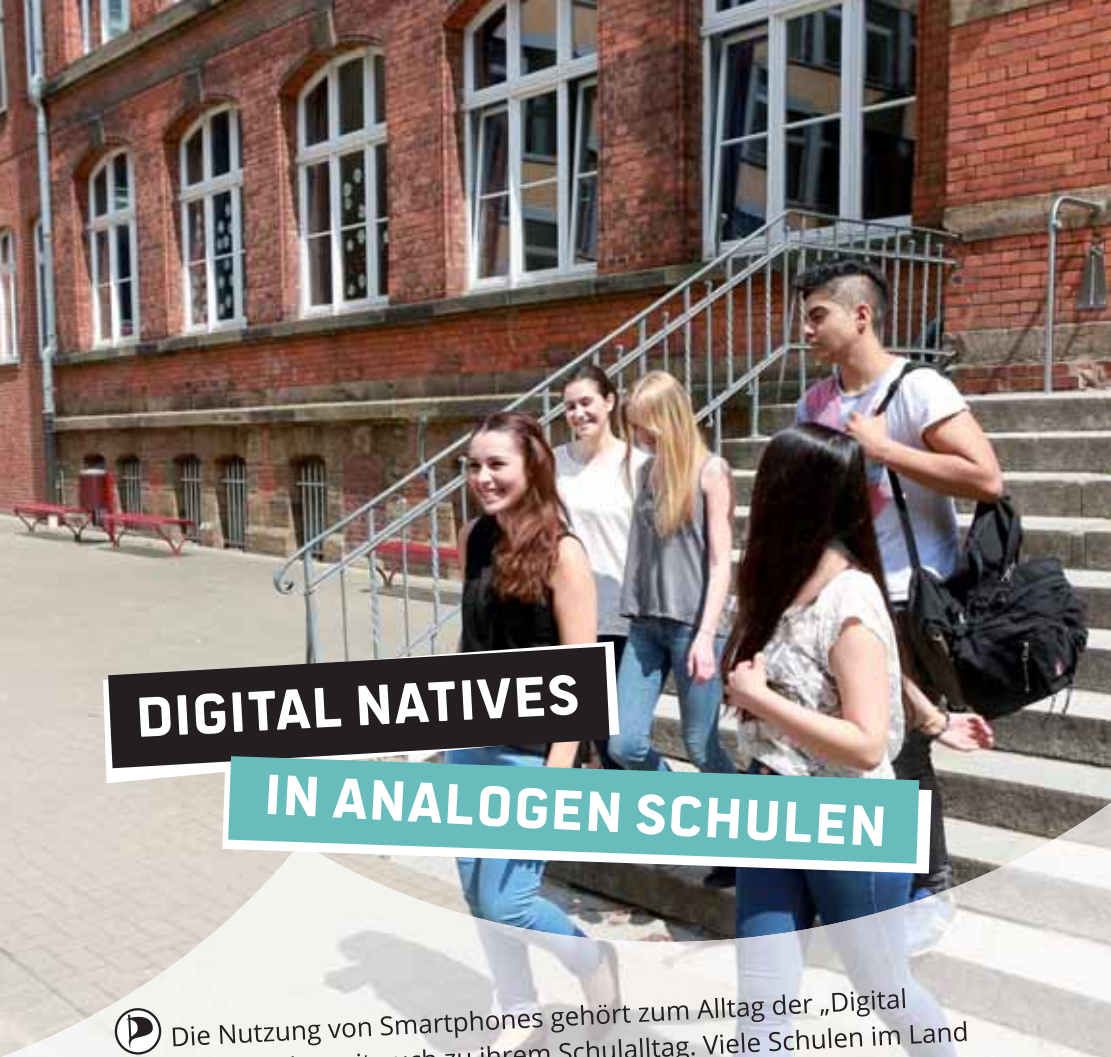


Sven Krumbeck,  
Bildungspolitischer  
Sprecher

*„Wir PIRATEN wollen, dass junge Menschen umfassend auf das digitale Zeitalter vorbereitet werden. Nur wer die Welt um sich herum versteht, kann sie auch effektiv mitgestalten.“*

Nach vielen Gesprächen wurden zwei „Tage der digitalen Bildung“ zu unterschiedlichen Themen durchgeführt. Der Wettbewerb für Medienschulen, der inzwischen von der Landesregierung durchgeführt wurde, entstand ebenfalls auf Druck der Piratenfraktion. „Digitale Bildung“ ist heute ein Schwerpunkt der Bildungsministerin. Ohne den Druck der PIRATEN wäre Schleswig-Holstein mit Sicherheit noch nicht so weit, womit bewiesen wäre, dass auch eine kleine Fraktion nicht nur in Einzelinitiativen, sondern auch in großen gesellschaftlichen Prozessen etwas bewegen kann.





## DIGITAL NATIVES

## IN ANALOGEN SCHULEN

Die Nutzung von Smartphones gehört zum Alltag der „Digital Natives“ - und somit auch zu ihrem Schulalltag. Viele Schulen im Land verfolgten aber die Strategie „verbieten statt thematisieren“ und verboten die digitalen Medien komplett vom gesamten Schulgelände. Schülereigene Geräte durften nur sehr selten im Unterricht eingesetzt werden. An vielen Schulen war die Nutzung von eigenen Geräten sogar in den Pausen und Freistunden untersagt. So kam es immer wieder vor, dass Handys unrechtmäßig eingezogen und der Schüler mit einer schriftlichen Missbilligung belegt wurde. Manch einer ging sogar so weit, Handy-Detektoren einzusetzen, um mitgebrachte Smartphones aufzuspüren. Für die PIRATEN war dies nicht nur bildungspolitischer Mumpitz, sondern auch ein rechtswidriger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Schüler.



Mit einem Antrag im Jahr 2013 forderten die PIRATEN, Handy-Detektoren an Schulen zu verbieten. 2015 dann folgte ein weiterer Antrag der Fraktion, generelle Handyverbote an Schulen zu untersagen. Jeder Schule sollte es auch in Zukunft frei stehen, eigene Regularien für den Umgang zu entwerfen – aber ein generelles Mitnahme- und Nutzungsverbot konnte schon deshalb keine Grundlage haben, weil die Schüler auch Freistunden haben, während derer sie auf dem Schulgelände bleiben.

Beide Initiativen waren erfolgreich! Nach einer breit angelegten Anhörung im Bildungsausschuss stand fest, dass es keine rechtliche Grundlage für den Einsatz der Handy-Detektoren gab. Der Landtag beschloss, die rechtliche Grundlage dafür auch nicht zu schaffen. Auf den zweiten Antrag hin wurden alle Schulen aufgefordert, Mitnahmeverbotspassagen aus ihren Schulordnungen wieder zu streichen. Und wir PIRATEN arbeiten nach wie vor an einer Gesamtstrategie, mit der Schüler in der Schule endlich die digitale Realität erleben können, die sie aus ihrer Freizeit schon längst kennen.



# WIRD AUCH ZEIT: LANDESWEITER SCHULENTWICKLUNGSPLAN

Ⓟ In Schleswig-Holstein herrscht keine Chancengleichheit, wenn es um Bildung geht. Immer noch hängt schulischer Erfolg nicht nur von der sozialen Herkunft ab, sondern auch von der Schule selbst, ihrem Standort und der finanziellen Potenz des Trägers, da diese auch die Ausstattung der Schule bestimmt. Dieses System führt auch zu Fehlern in der Schülerprognose, denn jeder Kreis erstellt seinen eigenen Schulentwicklungsplan.

In einem kleinen Bundesland wie Schleswig-Holstein kann es da schon zu Verwerfungen kommen. Schüler werden bspw. an zwei weiterführenden Schulstandorten angemeldet und entscheiden sich für den einen, ohne dem anderen abzusagen. Aus der planerischen Praxis ist bekannt, dass dann durchaus auch eine ganze Klasse fehlen kann, wenn das Schuljahr beginnt. Für die Piratenfraktion war schnell klar: Schulentwicklungsplanung darf an den Kreisgrenzen nicht halt machen.



Ⓟ Dennoch kann es nicht von heute auf morgen dazu führen, dass das Land die Schulentwicklungsplanung übernimmt. Das erste Argument ist, dass man den Kreisen ihre Selbstständigkeit nicht nehmen will. Eine zweite Befürchtung geht in Richtung Kostenverantwortung. Dies berücksichtigend hat die Piratenfraktion 2013 einen Antrag gestellt, nach dem das Land ein Konzept für einen landesweiten Schulentwicklungsplan erarbeiten möge. Besonderen Wert legte die Fraktion dabei auf eine sinnhafte Zusammenfassung der Kreisentwicklungspläne und die transparente Darstellung der Ergebnisse.

Ⓟ Nach Diskussionen im Bildungsausschuss kam man auf Grundlage der Pirateninitiative überein, dem Thema „IT-Programm zur Erfassung und Planung von Basisdaten in die gewünschte Kooperation“ besonderes Gewicht zu geben. Dabei geht es um das Zusammenführen der Kreisdaten, die die Grundlage für landesweite Entscheidungen und Koordinationsarbeiten sein sollen. Damit war ein wichtiger Schritt in Richtung des Piratenziels „Landesweiter Schulentwicklungsplan“ gegangen.



## LEICHTE SPRACHE -

## DAMIT ALLE VERSTEHEN,

## UM WAS ES GEHT

„Was bedeutet das?“ ist für viele Menschen eine unbedeutende Frage. Für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Menschen, die aus anderen Gründen über eine geringe Sprachkompetenz verfügen, kann diese Frage aber zum Prüfstein ihrer Selbstständigkeit, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Teilhabemöglichkeiten werden. Wer dauerhaft wichtige Texte oder Nachrichten nicht sinnerfassend lesen und verstehen kann, ist ausgegrenzt. Das darf in einer teilhabeorientierten, inklusiven Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Die PIRATEN sehen hier ganz besonders die Politik in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und mehr Texte und Schriften in „Leichte Sprache“ zu übersetzen.

## SOZIALES / GESUNDHEIT

Im Februar 2013 legte die Piratenfraktion einen Antrag vor, der den häufigeren Gebrauch von „Leichter Sprache“ in Veröffentlichungen der Arbeit von Landtag und Landesregierung vorsah. Das Ziel teilten alle Fraktionen von Beginn an – dennoch wurde ein ganzes Jahr lang um Formulierungen gerungen. Immer wieder ging es auch darum, wer die Initiative initiiert hatte, denn alle Fraktionen beanspruchten hier plötzlich die Vorreiterrolle für sich. Nach zahlreichen Gesprächen wurde im April 2014 ein gemeinsamer Antrag im Sozialausschuss einstimmig verabschiedet. Auch der Landtag stimmte dem Ziel einmütig zu.



Wolfgang Dudda,  
Sozialpolitischer  
Sprecher

*„Wir kämpfen auch für die ‚Vergessenen‘: Menschenunwürdige Bedingungen in Gefängnissen und Jugendheimen decken wir auf und setzen uns dafür ein, dass Missstände behoben werden.“*



Aktuell – zwei Jahre später – fragten wir in einer „Kleinen Anfrage“ nach, inwieweit jetzt mehr „Leichte Sprache“ in den Texten, Broschüren, Flyern etc. Verwendung findet. Das Ergebnis ist ernüchternd und beschämend: Erst 2017 soll es einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben, in dem auch das Thema „Leichte Sprache“ behandelt werden soll.

Das bedeutet, dass die Landesregierung bisher nichts im Sinne des Landtagsbeschlusses getan hat. Bedauerlich und doppelt bitter, zeigt es doch, dass die Landesregierung es zum einen mit der Umsetzung von Landtagsbeschlüssen nicht so genau nimmt und zum anderen, dass das Ziel „Leichte Sprache“ keine wirkliche Beachtung findet.

Die Landesregierung will „Leichte Sprache“ verwenden, wenn ein „konkreter Bedarf“ festgestellt wird. Die PIRATEN sagen, dass der Bedarf konkret besteht, weil es Menschen gibt, die eine leicht verständliche Sprache benötigen. Wir werden das Thema daher beharrlich weiterverfolgen.



# ABSURDE DISKRIMINIERUNG: PAUSCHALES BLUTSPENDEVERBOT FÜR HOMO- UND BISEXUELLE MÄNNER MUSS FALLEN

„Ich möchte helfen und darf nicht“ – eine eigentlich unfassbare Aussage vor dem Hintergrund des aktuellen Notrufs des Deutschen Roten Kreuzes, dass die Blutreserven im Land knapp werden. Aber nach aktueller Rechtslage darf ein Mann tatsächlich nicht Blut spenden, sofern er homo- oder bisexuell ist. Ein einziger Geschlechtsverkehr von Mann zu Mann reicht aus, um eine nachhaltige Stigmatisierung herbeizuführen und ihn unter Generalverdacht zu stellen, mit seinem Blut Krankheiten zu übertragen.



Auch nach Auffassung der Anti-Diskriminierungsstelle des Landes erfüllt dies den Tatbestand der Diskriminierung. Die sexuelle Orientierung darf nicht als generelle Rechtfertigung dafür dienen, einen Menschen von der Möglichkeit der Blutspende auszuschließen.

Im Februar 2016 hat die Piratenfraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht, der den generellen Ausschluss homo- und bisexueller Männer von der Blutspende als diskriminierend ächtet. Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass diese Regelung aufgehoben wird. Stattdessen fordern die PIRATEN ein diskriminierungsfreies Vorgehen, bei dem in zu verwendenden Fragebögen statt der sexuellen Orientierung das Risikoverhalten bei Blutspendern abgefragt wird und nur dieses gegebenenfalls zum Ausschluss führen kann. Die PIRATEN folgten mit ihrer Initiative dem Europäischen Gerichtshof, der die pauschale Ausschlussregelung bereits im April 2015 für unhaltbar erklärt hat. Die PIRATEN fordern, dass der generelle Ausschluss umgehend im Sinne einer teilhabeorientierten Gesellschaft abgeschafft wird.

Bereits während der Plenardebatte wurde klar, dass es im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine breite Mehrheit für die Forderung der PIRATEN gibt. Dennoch wird es noch einiger Gespräche mit Experten und den anderen Fraktionen bedürfen, bevor die Pirateninitiative hoffentlich in einem erfolgreichen, interfraktionellen Antrag mündet. Die Anzeichen dafür sind vielversprechend.



## KEINE WAFFENLIEFERUNGEN IN DEN IRAK

Am 27. August 2014 stellten die Regierungsfractionen den Antrag „Humanitäre Katastrophe im Irak – Flüchtlinge jetzt aufnehmen“. Aus Sicht der Piratenfraktion ignorierten die Antragsteller jedoch, dass deutsche Waffenlieferungen erheblich mit zur Destabilisierung der Region beitragen. Deshalb stellte die Piratenfraktion einen Änderungsantrag, der die Landesregierung aufforderte, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr in Diktaturen oder Krisengebiete – insbesondere den Irak – exportiert.

In der Debatte positionierte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner deutlich gegen Waffenexporte in Krisengebiete und Diktaturen und begrüßte gleichzeitig den Änderungsantrag der Piratenfraktion. Schließlich wurde der Antrag mit der Änderung der PIRATEN von den Mitgliedern des Landtages mehrheitlich angenommen.

Die PIRATEN erreichten mit ihrer Initiative, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung aufforderte, sich gegen Rüstungsexporte in Krisengebiete – insbesondere den Irak – auszusprechen. Hier wurde deutlich, dass man auch als kleine Landtagsfraktion politische Impulse setzen kann, die außenpolitische Relevanz haben.



Angelika Beer,  
Flüchtlingspolitische  
Sprecherin

*„Wir PIRATEN verteidigen die Grundrechte – egal ob für Flüchtlinge, Minderheiten oder Tierschutz. Das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden!“*



# KLEINES DING MIT GROSSER WIRKUNG: VERMEIDUNG VON PLASTIKMÜLL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein von der Zunahme des Plastikmülls in der See besonders betroffen. Das zerriebene Plastik sammelt sich in Form von Mikroplastik in den Meereslebewesen an und erreicht auf diesem Wege auch die Nahrungskette des Menschen. Der Plastikmüll kann sich langfristig auch negativ auf die Fischerei- sowie die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein auswirken. Als Umweltproblem betrifft Plastikmüll insbesondere Seevögel, die Plastikteile für Nahrung halten und diese deshalb verschlucken.

Im Mai 2014 haben die PIRATEN einen Antrag zur Befassung im Europaausschuss gestellt, der in den Umweltausschuss überwiesen wurde. Für den Umweltausschuss wurde dann ein Antragsentwurf erarbeitet, der neun Maßnahmen aufzählt.

Ziel des Antrags war es, das Thema Plastikmüll im Meer in die Öffentlichkeit zu tragen und eine Debatte darüber zu entfachen, wie sich das Problem in den Griff bekommen lässt.

Ⓟ Zwar ist statt unseres Antrags ein Änderungsantrag der Koalition beschlossen worden, insgesamt war unsere Initiative jedoch sehr erfolgreich. Umweltminister Habeck reagierte sehr aufgeschreckt und fuhr im Sommer 2014 mit einigen Fischern auf das Meer, um sich medienwirksam beim „fishing for litter“ fotografieren zu lassen. Eine Unterstützung dieser Aktion war ihm auch gleich 25.000 Euro wert. Die Grünen in Flensburg verkündeten, ihre Stadt werde plastiktütenfrei werden. Die Ratsversammlung in Kiel rief einen „Runden Tisch“ ins Leben und führte im März 2016 gemeinsam mit einigen Händlern eine Abgabe auf Plastiktüten ein. Die Bürgerschaft in Lübeck entschied im Februar 2016, dass städtische Einrichtungen ab 2017 keine Plastiktüten mehr ausgeben sollen. Man hofft, dass der Handel diesem „Trend“ folgt und freiwillig nachzieht.

Ⓟ Alle von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Punkte entstammten unserem Antrag – insgesamt waren dies fünf von neun Forderungen. Da das Thema Schritt für Schritt im ganzen Land ankommt, können wir festhalten: Alles in allem ein großer Erfolg!  
**#PIRATENwirken!**

## EINSATZ FÜR DIE BESTEN FREUNDE DER MENSCHEN

- 🗣 Neben dem Umweltschutz ist auch der Tierschutz Staatsziel. Die Piratenfraktion hat in den vergangenen vier Jahren eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, von denen einige sehr erfolgreich waren. Beim Tierschutz spielen aber auch soziale Fragen eine wichtige Rolle. Haustiere, insbesondere Hunde und Katzen, sind ein wichtiger Bestandteil des Lebens vieler Menschen und übernehmen soziale Funktionen im Alltag. Wie kann man einsame Menschen, oft mit kleiner Rente oder schmalstem Monatsbudget, für die Tiere oft der letzte Ansprechpartner sind, bei bürokratischen Kosten der Tierhaltung entlasten? Dies ist eine Frage, die uns bei der Diskussion um die Hundesteuer, aber auch bei der Katzenkastration, beschäftigt hat und auch in Zukunft noch beschäftigen wird.

### EIN SPEZIELLES THEMA: KATZENKASTRATION

- 🗣 In Schleswig-Holstein gab es im Jahr 2013 circa 70.000 verwilderte bzw. wild lebende Katzen. Diese leiden vielfach nicht nur unter Hunger und Krankheiten, sie stellen in ihrer Masse auch eine Bedrohung für viele Kleinsäuger und Vögel dar. Verwilderte Hauskatzen vermehren sich ungehindert und verschärfen damit ihr eigenes Elend sowie Probleme im Umwelt- und Artenschutz. Deshalb haben wir ein Landesprogramm zur Kastration von verwilderten Hauskatzen gefordert und finanzielle Unterstützung für Sozialgeldempfänger, die eine Kastration ihrer Stubentiger aus Kostengründen sonst nicht vornehmen würden.

- 🗣 Unserer Forderung wurde nach ersten politischen Widerständen nachgegeben. Die Tierschützer, Tierheime und weitere Verbände, mit denen wir bei unseren „Runden Tischen“ gründliche Vorbereitungen trafen, begrüßten unsere Initiative und unser Engagement ausdrücklich. Obwohl die Katzenproblematik erkannt und Mittel für die Katzenkastration in den Haushalt eingestellt wurden, gab es kürzlich einen Rückschlag. Die bewilligten Mittel für das Frühjahr wurden nicht freigegeben. Es bedarf weiterhin Druck auf die Landesregierung, da es sonst bei dem Pilotprojekt gegen Katzenelend bleibt und aus den positiven Erfahrungen keine Konsequenzen gezogen werden.

## EUROPA / UMWELTSCHUTZ / TIERSCHUTZ / FLÜCHTLINGE

- 🗣 Der Fraktion ist es gelungen, dass das Thema landesweit Beachtung findet. Und die unterschiedlichen Interessen von Natur- und Vogelschützern auf der einen Seite und Katzenliebhabern auf der anderen Seite konnten unter einen Hut gebracht werden. Diese Initiative ist ein Paradebeispiel für die Philosophie der PIRATEN: Wir nehmen uns auch Themen abseits der großen Politik an, wenn sie denn im täglichen Leben der Menschen sehr wichtig sind.

### STIMMEN AUS DEM PLENUM

„So kann es gehen: Ein langer Tag, der mit Verkehr beginnt und mit Kastration endet.“ - Robert Habeck, Umweltminister

„Das Thema ist heikel. Als ich es in meiner Fraktion angesprochen habe, wurden viele meiner männlichen Fraktionskollegen blass um die Nase, bis ich ihnen hoch und heilig versprochen habe, dass es wirklich um Katzen geht.“ - Sandra Redmann, SPD-Fraktion

„Die Latte liegt wirklich sehr hoch bei diesem Thema.“ - Oliver Kumbartzky, FDP-Fraktion

„Für mich gehört dieser Antrag in den zuständigen Ausschuss und nicht in den Landtag, auch wenn es ein einschneidendes Ereignis für die Katzen ist.“ - Hauke Götttsch, CDU-Fraktion

„Eine Katze ohne Halter erreichen Sie mit Ihrem Faltblatt nicht. Es wäre natürlich fantastisch, wenn eine wildlebende Katze Ihren Flyer nähme, zum Tierarzt ginge und freiwillig sagte: Hier bin ich, kastriert mich, und wenn ihr könnt, gebt mir einen Zuschuss dazu!“ - Angelika Beer, PIRATEN





Subventionen auf den Prüfstand zu stellen, war bereits im Wahlkampf 2012 eine Forderung der PIRATEN und findet sich entsprechend im Wahlprogramm. In einer Umfrage aus dem Jahr 2013 wurde das Ziel, Subventionen zu überprüfen und abzubauen, sogar als wichtigster Punkt eingeordnet.

Subventionen sollten nur dort eingesetzt werden, wo wichtige Ziele anders nicht erreicht werden können. Darüber hinaus gehören alle Subventionen degressiv (im zeitlichen Verlauf sinkend) angelegt oder enger als bisher zeitlich befristet. Außerdem sind sie regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Gemäß der Forderung im Wahlprogramm wurde Anfang 2015 in einem Antrag die regelmäßige Vorlage eines Berichts über alle unmittelbaren und mittelbaren Finanzhilfen und Zuwendungen des Landes – kurzum: ein Subventionsbericht – gefordert. Die PIRATEN haben eine Auflistung der jeweiligen Rechtsgrundlage, der Herkunft der Mittel, sowie der Rechtsform und des Sitzes der Empfänger beantragt. Weiterhin wurde eine Bewertung der Förderprogramme, die Angabe einer Zielbeschreibung, einer Wirkungsanalyse und der Zukunft der einzelnen Fördertatbestände erbeten.

Auf Initiative der PIRATEN hat der Schleswig-Holsteinische Landtag im Januar 2016 einen periodischen Subventionsbericht der Landesregierung beschlossen. Erstmals im Jahr 2016 und dann alle fünf Jahre muss die Landesregierung über Subventionen und Bürgschaften zur Wirtschaftsförderung Rechenschaft ablegen – inklusive Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen und über Möglichkeiten zum Subventionsabbau.

Grundsätzlich standen von Anfang an alle Fraktionen hinter dem Anliegen, wenngleich Detaildiskussionen nicht ausblieben. Angefangen mit der begrifflichen Definition der Subvention wurden darüber hinaus der mit der Erstellung einhergehende Verwaltungsaufwand und der Erkenntnisgewinn debattiert.

Am Ende herausgekommen ist ein von den PIRATEN und den Koalitionsfraktionen gefasster Landtagsbeschluss, der zwar nicht alle gestellten Forderungen beinhaltet, aber dennoch ein erster guter Schritt in die richtige Richtung ist.

Der Subventionsbericht wird eine Debatte über Subventionsabbau nach sich ziehen. Das Ziel der PIRATEN bleibt es, alle vom Land gezahlten Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Das ist vor dem Hintergrund der immensen Schuldenlast von Schleswig-Holstein und der fehlenden Gelder in anderen wichtigen Bereichen überfällig.



Torge Schmidt,  
Finanzpolitischer  
Sprecher

*„PIRATEN stehen für Transparenz: Haushalte und Finanzströme müssen nachvollziehbar und für jedermann einsehbar sein. Die Bürger sollten wissen, wofür ihre Steuern ausgegeben werden.“*

# AUSVERKAUF VON SCHLESWIG-HOLSTEINS KÜSTEN STOPPEN

Seit 2004 hat das Land insgesamt über 1.600.000 m<sup>2</sup> Küsten- und Uferflächen verkauft oder verschenkt. Dies erfolgte ohne Ausschreibung und ohne Zustimmung des Landtags. Die Küsten- und Uferflächen werden letztendlich oft von gewerblichen Investoren aufgekauft, um dort Restaurants oder Luxus-Ferienimmobilien zu errichten. Im Fall der „Baltic Bay Laboe“ wurden die von einem Gutachter auf 1,3 Mio. Euro geschätzten Grundstücke von einem zweiten Gutachter lediglich auf 695.000 Euro geschätzt und zu diesem halbierten Preis veräußert.

Geld verbrennt das hochverschuldete Land zudem bei millionenschweren Unternehmenssubventionen wie etwa Hotelbauten, obwohl im Koalitionsvertrag noch versprochen wurde, einzelbetriebliche Subventionen komplett zu streichen.



Dr. Patrick Breyer,  
Innen- und Rechts-  
politischer Sprecher

*„Damit wir unseren Weg zum Glück finden können, darf kein Überwachungsstaat und keine Wirtschaftslobby unser Leben kontrollieren. Privatsphäre, transparente Politik und direkte Demokratie machen glücklich.“*

Der schleichende Ausverkauf unserer Küsten muss aufhören. Wechselnde Landesregierungen haben in den letzten Jahren öffentliches Naturerbe in Schleswig-Holstein verkauft oder verschenkt.

Die Piratenfraktion hat daher beantragt, dass der Landtag den Verkauf öffentlicher Küsten- und Ufergrundstücke stoppt. Zur Entwicklung unserer Küste genügt es vollauf, öffentliche Flächen befristet zur Nutzung zu überlassen, etwa durch Pachtverträge, in denen der öffentliche Zugang zum Gewässer zu sichern ist.

Seit nunmehr fast zwei Jahren vertagt die Landesregierung die Beratung dieses wichtigen Antrags und verweigert die parlamentarische Auseinandersetzung zu diesem Thema. Im April 2016 konnte die Piratenfraktion allerdings einen ersten Teilerfolg erzielen. Künftig soll „nachvollziehbar und eindeutig“ dokumentiert werden, wie sich der Verkehrswert eines zu verkaufenden Ufergrundstückes errechnet, so ein erstes Zugeständnis der Landesregierung. Bisher blieben Gutachter die Begründung für Niedrigpreise teilweise schuldig. Die PIRATEN haben damit einen ersten Teilerfolg zum Erhalt der berühmten Küsten unseres Landes für diese und zukünftige Generationen geleistet.



# DIREKTE DEMOKRATIE: MEHR MITBESTIMMUNGSRECHTE DURCH BÜRGER- UND VOLKSENTSCHEIDE

► Unser repräsentatives politisches System, wie es bisher ausgestaltet ist, befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Menschen vertrauen nicht mehr darauf, dass die politischen Vertreter im Interesse der Mehrheit entscheiden. Wir PIRATEN halten das bisherige System für dringend reformbedürftig und wollen die direkte Demokratie stärken. Unser Ziel ist es, Entscheidungsmacht an die Bevölkerung zurückzugeben.

Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen und auch Volksentscheide auf Landesebene sind möglich, doch die entsprechenden Regeln sind verbesserungsbedürftig. Viele Themen können von den Bürger gar nicht aufgegriffen werden, sie sind nach bisheriger Gesetzeslage für Bürger- und Volksbegehren tabu. Auch sind die zahlenmäßigen Hürden viel zu hoch.

► Als Teil eines Bündnisses für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein hat die Piratenpartei mit dazu beigetragen, über 20.000 Unterschriften für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen zu sammeln.

Im Landtag haben wir erreicht, dass viele Forderungen der Volksinitiative umgesetzt wurden: Seit 2013 gelten geringere Hürden für Bürgerbegehren (Unterschriftenzahl, Zustimmungsquorum). Es gelten Mitentscheidungsrechte über das „Ob“ der Planung von Großprojekten wie Kraftwerken oder Einkaufszentren. Dies stärkt den Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen deutlich. Nicht durchsetzen konnten wir eine Mitentscheidung auch über kommunale Abgaben und Entgelte (z.B. Kita-Beiträge) und über die inhaltliche Ausgestaltung von Bauleitplänen (z.B. zur Höhe eines Hochhausbaus).

Auf Landesebene hat es in Schleswig-Holstein bisher noch keinen wirklich erfolgreichen Volksentscheid gegeben. Im Jahr 2014 konnten wir durchsetzen, dass im Zuge der Verfassungsreform die Zahl der für einen Volksentscheid benötigten Unterschriften und auch das Zustimmungsquorum abgesenkt wurden. Im Jahr 2016 kam hinzu, dass Unterschriften für Volksinitiativen auch auf der Straße gesammelt werden können.

Nicht rütteln konnten wir am Verbot Kosten verursachender Volksinitiativen, was viele Initiativen unmöglich macht. Auch eine Unterschriftensammlung über das Internet wurde so hohen Hürden unterworfen, dass von dieser modernen Möglichkeit wohl nur selten Gebrauch gemacht werden wird.

► Auf dem Weg zu echten direktdemokratischen Mitbestimmungsrechten konnten wir PIRATEN im Landtag durch beharrliche Arbeit wichtige Fortschritte erzielen. Es ist heute deutlich leichter, politische Fragen durch Bürger- oder Volksentscheid selbst abzustimmen. Wir sind aber noch weit von einer direktdemokratischen „Schweiz des Nordens“ entfernt, in der regelmäßig Bürgerentscheide und Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen unserer Gemeinden oder unseres Landes stattfinden. Dies bleibt aber weiter Hauptziel unserer politischen Arbeit als PIRATEN.

# WAHLRECHT IST DEMOKRATISCHES GRUNDRECHT - FÜR ALLE!

Die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren. Wesentliche Ursache: „Wählen lohnt sich nicht, weil es keinen Unterschied macht, wer gewählt wird.“ Oder: „Die zur Wahl stehenden Parteien und Kandidaten vertreten ohnehin nicht die Interessen der Bürger.“ Wir PIRATEN sehen die Parteien in der Verantwortung, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und deren Bereitschaft zur Partizipation durch eine überzeugendere Politik für die große Mehrheit der Menschen und durch einen Ausbau der Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Gleich nach unserer Wahl in den Landtag haben wir zusammen mit SPD, Grünen und SSW einen Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre vorgelegt, der auch im Landtag beschlossen und so Gesetz wurde. Bei der nächsten Landtagswahl dürfen also erstmals auch 16- und 17-jährige mitwählen. Im Vorfeld soll an den Schulen die politische Bildung verstärkt und das Interesse an der demokratischen Mitwirkung, unter anderem durch Wahlen, geweckt werden.



Darüber hinaus haben wir durchgesetzt, dass von einem Betreuer unterstützte Menschen nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Um immer wieder aufkommende Zweifel an der Manipulierbarkeit von Wahlen durch die Auslage radierbarer Bleistifte in Wahlkabinen zu beseitigen, konnten wir erreichen, dass ab der nächsten Wahl nicht radierbare Stifte ausgelegt werden sollen.

Auf unsere Initiative hat sich der Landtag dafür ausgesprochen, dass nicht nur EU-Ausländer, sondern alle Menschen ohne deutschen Pass an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, wenn sie bereits einige Jahre in einer Kommune gelebt haben. Für die erforderliche Grundgesetzänderung hat sich auf Bundesebene jedoch noch keine Mehrheit gefunden.

Im Jahr 2016 konnten wir Pläne stoppen, den Einzug kleiner Parteien in Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage zu erschweren. Dies hätte weniger demokratische Vielfalt bedeutet. Keinen Erfolg hatten wir mit der Forderung, die 5%-Sperrklausel zur Landtagswahl abzuschaffen oder den betroffenen Wählern kleiner Parteien eine Ersatzstimme zu geben. Wir werden weiter daran arbeiten, den ersatzlosen Verfall von teilweise fast 15% der gültigen Wählerstimmen zu verhindern.

Wir PIRATEN arbeiten in allen Bereichen an einer Modernisierung unserer Demokratie im Sinne von echter Transparenz, mehr Mitbestimmung und stärkeren Bürgerrechten. Systemänderungen gestalten sich allerdings zäh. Wo Parteien und ihre Mandatsträger selbst betroffen sind, wirken Beharrungskräfte besonders stark. Mit einer Vielzahl von Initiativen konnten wir gleichwohl das demokratische Wahlrecht stärken und die Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten der Bürger ausbauen. Viel bleibt aber noch zu tun. Wir werden nicht nachlassen, mehr Demokratie einzufordern.





## ÖFFENTLICH FINANZIERT SOLLTE AUCH ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICH HEISSEN

Ⓟ Unter Open Access versteht man ganz allgemein den freien Zugang zu Informationen im Bereich von Forschung und Wissenschaft. Die Piratenfraktion forderte die Landesregierung daher 2013 auf, jeder Person die Nutzung und Verwertung von Werken zu erlauben, an denen das Land oder nachgeordnete Körperschaften die Rechte halten.



Uli König,  
Datenschutzpolitischer  
Sprecher

*Wir PIRATEN kämpfen gegen die Schaffung des gläsernen Bürgers. Eine unserer Kernaufgaben ist es, die Landesregierung daran zu erinnern, was Persönlichkeitsrechte sind und was Datenschutz heißt.“*


Ⓟ Das Land Schleswig-Holstein ist nicht nur Nutzer von urheberrechtlich geschützten Werken, sondern auch Schöpfer einer Reihe von Werken. Die Erstellung dieser Inhalte ist bereits aus den dem Land zugewiesenen Aufgaben begründet und aus Steuermitteln finanziert. Aus diesem Grund ist es für die Piratenfraktion selbstverständlich, dass so viele dieser Informationen wie möglich der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen. Nach Möglichkeit sollte dafür die sehr liberale CC-0-Lizenz angewandt werden.

Ⓟ Die Umstellung auf eine möglichst freie und allgemein gültige Freigabe von Informationen setzt nicht nur verwaltungsrechtliche Veränderungen voraus, sondern auch ein Umdenken in Politik und Verwaltung. Nachdem die Piratenfraktion das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt hatte, wurde ein Gutachten beim wissenschaftlichen Dienst des Landtags in Auftrag gegeben. Dieses bejahte die grundsätzliche Möglichkeit von Open Access im Bildungs- und Hochschulbereich.

Im weiteren Verlauf wurde dann vom Landtag eine geänderte Fassung eines Antrags der Piratenfraktion angenommen. Der Antrag fordert die Landesregierung auf, ein Konzept über die Nachnutzung von allen Werken vorzulegen, an denen das Land Schleswig-Holstein Nutzungsrechte hält. Hierbei soll unter Wahrung der Rechte Dritter eine rechtssichere Freigabe dieser Werke zur kommerziellen und nicht kommerziellen Nutzung erreicht werden. Damit haben wir einen wichtigen Schritt in Richtung offene Wissensgesellschaft getan – jedenfalls in Schleswig-Holstein.

## ODER DOCH NICHT?

A man with a beard, wearing a dark blue suit, white shirt, and dark tie, is seated at a white table, focused on his work on a silver laptop. He is looking down at the keyboard. The background is a blurred office environment with other people and plants. The image is framed by a teal wavy shape at the top and an orange wavy shape at the bottom.

 Mit der Sicherheit der User spielt man keine Spielchen, was ein öffentlichkeitswirksames Aufdecken der Lücke ausschloss. Die Piratenfraktion wandte sich daher – kurz nach Aufdeckung der Sicherheitslücke – direkt an den IT-Verantwortlichen der Landesregierung mit der Bitte um schnellstmögliche Behebung. Mit Erfolg: Der zentrale IT-Dienstleister Dataport hat die Lücke geschlossen und somit das Surfen auf den Seiten der Landesregierung wieder sicherer gemacht. Dass die angebotene Verschlüsselung trotz allem noch nicht perfekt ist, ist bedauerlich – die Piratenfraktion bleibt am Thema dran!



## DIE LANDTAGS-PIRATEN

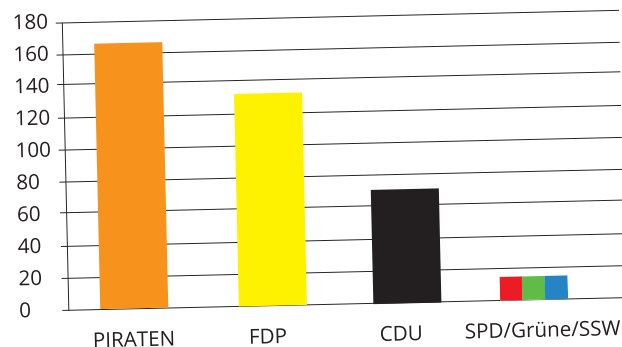
### IN ZAHLEN



Die Welt „Online-Ausgabe“ vom 22. Dez. 2015

Urheber	Initiativen	Abgeordneteninitiativen pro Abgeordnetem	
PIRATEN	988	6	165
FDP	811	6	135
CDU	1571	22	71
SPD, B90/Grüne, SSW	519	35	15

Quelle: LIS, Stand: 21. Juni 2016



## AUSBLICK -

## UND VOLLE KRAFT VORAUSS!

Für das fünfte Jahr unserer Fraktionsarbeit haben wir uns Input von der Basis geholt. In einem aufwändigen Diskussions- und Beteiligungsverfahren mittels der Website [www.digitaler-kompass.de](http://www.digitaler-kompass.de) haben wir gemeinsam mit Bürgern eine Strategie zur Gestaltung der Digitalen Revolution erarbeitet.

 Diese Bereiche werden uns in den nächsten Monaten beschäftigen:



### ICH WEISS

**Open Data** - Staatliche Information soll für Jedermann verfügbar sein

**Medienkompetenz** - Förderung schon vom Kindesalter an



### ICH NUTZE

**Zugang** - Schulen ans Netz, kein Ausschluss von Strafgefangenen, Glasfaserausbau

**Teilhabe** - freie Bildungsmaterialien, vereinfachter Zugang zu Online-Universitäten

## GESTALTE DIE DIGITALE REVOLUTION

[www.digitaler-kompass.de](http://www.digitaler-kompass.de)



### ICH BESTIMME SELBST

**Datenschutz** - Schutz vor Cyber-Angriffen, Datendiebstahl und Totalüberwachung

**Selbstbestimmung** - Verschlüsselung; Anonymität, wo sie gewünscht ist



### ICH ENTSCHEIDE MIT

**Bürgerbeteiligung** - weitere Vereinfachung von Beteiligungsverfahren, direkte Demokratie

Möchten Sie sich noch beteiligen?  
Das können Sie jederzeit unter [www.openantrag.de](http://www.openantrag.de)



[WWW.PIRATENFRAKTION-SH.DE](http://WWW.PIRATENFRAKTION-SH.DE)

## DR. PATRICK BREYER

Fraktionsvorsitzender  
Ansprechpartner für die Kreise  
Nordfriesland und Dithmarschen  
**Pirat seit:** 2006  
**Beruf:** Jurist  
**Themen:** Wirtschaft, Innen und Recht,  
Innere Verwaltung, Justizrecht  
**Ausschüsse:** Innen- und Rechtsausschuss,  
Parlamentarischer Einigungsausschuss,  
Richterwahlausschuss,  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1337  
**Email:** patrick.breyer@piratenfraktion-sh.de

## TORGE SCHMIDT

Stv. Fraktionsvorsitzender  
Ansprechpartner für die Kreise  
Rendsburg-Eckernförde und Steinburg  
**Pirat seit:** 2009  
**Beruf:** Groß- und Außenhandelskaufmann  
**Themen:** Finanzpolitik, Haushalt  
**Ausschüsse:** Finanzausschuss,  
Unterausschuss des Finanzausschusses  
für Unternehmensbeteiligungen des Landes.  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1636  
**Email:** torge.schmidt@piratenfraktion-sh.de

## Angelika Beer

Ansprechpartnerin für die Kreise Segeberg,  
Pinneberg und die Stadt Neumünster  
**Piratin seit:** 2009  
**Beruf:** Arzthelferin, Rechtsanwalts- und  
Notargehilfin  
**Themen:** Umwelt, Agrar, Energie, Tierschutz,  
Europa, Minderheiten, Bundesratsangelegen-  
heiten, Flüchtlingspolitik, Bundeswehr  
**Ausschüsse:** Umwelt- und Agrarausschuss,  
Europaausschuss  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1640  
**Email:** angelika.beer@piratenfraktion-sh.de

## ULI KÖNIG

Parlamentarischer Geschäftsführer  
Ansprechpartner für die Kreise Stormarn,  
Lauenburg und die Hansestadt Lübeck  
**Pirat seit:** 2006  
**Beruf:** Informatiker  
**Themen:** Technik, Wirtschaft, Verkehr,  
Tourismus, Energie, Reaktorsicherheit,  
Bürgerbeteiligung, Hochschule  
**Ausschüsse:** Wirtschaftsausschuss,  
Petitionsausschuss, Bildungsausschuss,  
Datenschutz  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1623  
**Email:** uli.koenig@piratenfraktion-sh.de

## SVEN KRUMBECK

Stv. Parlamentarischer Geschäftsführer  
Ansprechpartner für den Kreis Schleswig-  
Flensburg und die Stadt Flensburg  
**Pirat seit:** 2007  
**Beruf:** Mediengestalter  
**Themen:** Bildung, Kultur, Jugend, Medien,  
Netzpolitik, IT  
**Ausschüsse:** Bildungsausschuss, Landes-  
jugendhilfe-Ausschuss, Sozialausschuss,  
Petitionsausschuss  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1639  
**Email:** sven.krumbeck@piratenfraktion-sh.de

## WOLFGANG DUDDA

Ansprechpartner für die Kreise Plön,  
Ostholstein und die Landeshauptstadt Kiel  
**Pirat seit:** 2009  
**Beruf:** Zollbeamter  
**Themen:** Soziales, Gesundheit, Justizvollzug  
**Ausschüsse:** Sozialausschuss, 1. Parlamentari-  
scher Untersuchungsausschuss „Friesenhof“  
**Kontakt:** Tel.: 0431 - 988 1637  
**Email:** wolfgang.dudda@piratenfraktion-sh.de

## IMPRESSUM

**v.i.S.d.P. :** Uli König, Parlamentarischer Geschäftsführer  
**Idee:** Andreas Halle  
**Projektkoordination:** Miriam Quentin (verantwortlich), Jan Leutert  
**Texte:** Joachim Giese, Andreas Halle, Iris Hausen, Daniel Krebs,  
Christina Mädge, Alexander Ruoff  
**Redaktion:** Miriam Quentin, Christian Lewin, Udo Fröhlich  
**Fotos:** Oliver Franke, Kiel  
**Grafik/Layout:** Dragency Werbeagentur, Klein Rönkau  
**Druck:** Gut Gedruckt GmbH & Co. KG, Kiel

Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
**Email:** fraktion@piratenfraktion-sh.de  
**web:** www.piratenfraktion-sh.de  
**twitter:** @fraktionSH

Sie können unser Logbuch sowie  
eine noch umfassendere Version der  
Fraktionsbilanz auch online unter  
[www.piratenfraktion-sh.de/logbuch](http://www.piratenfraktion-sh.de/logbuch)  
nachlesen.





# PIRATENFRAKTION

*im Schleswig-Holsteinischen Landtag*

**#PIRATEN WIRKEN**

**BÜRGERRECHTE**

**TRANSPARENZ**

**MITBESTIMMUNG**



## **KONTAKT ZUR PIRATENFRAKTION?**

Andreas Halle, Referent für Bürgeranfragen und Bürgerbeteiligung  
Andreas.halle@piratenfraktion-sh.de  
Tel. 0431 - 988 1615  
Fax 0431 - 988 1602

Miriam Quentin, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit  
miriam.quentin@piratenfraktion-sh.de  
Tel. 0431 - 988 1618  
Fax 0431 - 988 1602

Christian Lewin, Pressesprecher  
presse@piratenfraktion-sh.de  
Tel. 0431 - 988 1603  
Fax 0431 - 988 1602

**WWW.PIRATENFRAKTION-SH.DE**